

UMWELTPOLITIK

HOCHWERTIGE
LEBENS-RÄUME SCHAFFEN

Immer mehr Blütenpflanzen sind in ihrem Bestand gefährdet und somit auch Insekten und Vögel. In Iserlohn engagieren sich, mit Unterstützung der Stadt, Schulen, Landwirte und Unternehmen für das Überleben der Arten.

TEXT + FOTOS / Annette Lübbers

In der Kindertagesstätte Schloss Einstein im westfälischen Iserlohn geht es bunt zu. In jeder Hinsicht. Vor der Kita blüht eine Wiese, in der schon einmal ein wilder Hase seinen Nachwuchs großgezogen hat. Zwei Insektenhotels bieten Herberge für allerlei Insekten. Auf dem Dach sorgt eine Bienenweide dafür, dass die Pollensammler ungestört von Zwei- und Vierbeinern ihrer Nahrungssuche nachgehen können. Im „grünen Klassenzimmer“ der Kita lernen die Kleinen, wie Bienen ihre Sinne nutzen. Patricia White, Dipl.-Biologin in Diensten der Stadt, bekommt leuchtende Augen, wenn sie die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit von Kita-Leiterin Dagmar Schlinkbäumer, ihrem Team und den Kindern betrachtet. „Hier lernen die Kinder schon in jungen Jahren, den Lebensraum, den wir mit Tieren und Pflanzen teilen, gut zu schützen. Im Bereich Biodiversität leistet diese Kita wirklich ganze Arbeit.“



Eine Arbeit, die niemals wichtiger war als heute. In Deutschland gelten über 70 Prozent der Lebensräume als bedroht. Patricia White betont: „Die internationalen und nationalen Bemühungen, den weltweiten Verlust der biologischen Vielfalt zu

stoppen oder immerhin zu verlangsamen, waren bisher nicht ausreichend. Daher bedarf es verstärkter Anstrengungen aller Akteure auf allen Ebenen.“ Die Biologin ist sicher, dass den Städten und Gemeinden dabei eine besondere Rolle zukommt, weil sie die „politische Ebene repräsentieren, die den Menschen am nächsten steht“. Aus diesem Grund ist ihre Heimatstadt Iserlohn seit dem vergangenen Jahr Mitglied im Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt“, dem sich seit der Gründung im Jahr 2012 bereits 188 deutsche Kommunen angeschlossen haben. Ziel des Bündnisses ist es, die „Bedeutung von Natur im unmittelbaren Lebensumfeld des Menschen zu stärken und den Schutz der Biodiversität in den Blickpunkt zu rücken“. Die beteiligten Kommunen haben eine Deklaration unterschrieben, in der zentrale Handlungsfelder des kommunalen Naturschutzes benannt und mit konkreten Zielen und Maßnahmen unterfüttert wurden. Die Kommunen verpflichten sich mit ihrer Unterschrift zudem, mittel- und langfristig „hochwertige Lebensräume für Menschen, Tiere und Pflanzen“ zu entwickeln.

Wer mit Patricia White durch ihre Stadt fährt, sieht vieles, was dem normalen Spaziergänger nur selten auffällt. Alte Buchen mit oterschenkelndem



ILLUSTRATION/Shutterstock

Astbruch, weil der Wassermangel ihnen zusetzt, aus dem Süden stammende Pflanzen, die hier eine – nicht immer unproblematische – neue Heimat gefunden haben oder kleine Schilder, die auf Krötenwanderwege hinweisen. „Zwei junge Menschen in Warnwesten tragen hier händisch oder in Eimern Tausende von Kröten in sichere Bereiche“, sagt sie und zeigt auf eine Fläche am Seilersee. Sie selbst hat einmal einen sogenannten Froschregen beobachtet: „Es ist ein echtes Erlebnis, wenn Tausende dieser Tiere auf einmal loslaufen. Dann ist die Straße voller Frösche und man kann sich vorstellen, welche furchtbaren Auswirkungen dann eine einzige Kehrmaschine oder ein einzelnes Auto auf die Population dieser Tiere hat.“ Ebenso wichtig wie das Überleben der Amphibien sind der Stadt Iserlohn auch die Bachläufe, die in Iserlohn aufwändig renaturiert werden oder werden sollen. „Das sind wirklich sehr lohnende Projekte. Im Umfeld eines Baches haben wir zum Beispiel einen Hirschkunz gefunden, der auf der roten Liste bedrohter Pflanzen steht. Das Exemplar wird im Herbst an einen neuen Standort verbracht.“

An der Kreuzung Untergrüner Straße und Igelstraße trifft Patricia White einen Kollegen. Eckehardt Schröder ist Gärtnermeister bei den Stadtbetrieben Iserlohn-Hemer. Er hockt auf einer Blühwiese, auf der Klatschmohn, Schafgarbe, Mohn, Kornblumen, Habichtskraut und Flockenblume für Farbtupfer sorgen. „Die Distel“, sagt er lachend, „hat sich hier allerdings spontan und aus eigenem Antrieb niedergelassen.“ Dann zeigt er auf den zweiten Teil der „grünen Insel“ im städtischen Verkehr. „Im Gegensatz zu unserer Blühwiese finden die Insekten auf den braunen Resten des Rasens jetzt kaum noch Nahrung.“ Patricia White lacht: „Hier kann man gut erkennen, mit wie wenig Aufwand auch mitten in der Stadt neues Leben einziehen kann.“ Und Eckehardt Schröder ergänzt: „Trotzdem müssen wir wohl auch damit leben, dass es in einer Stadt immer zwei Lager geben wird: Die einen, die wild wachsende Natur ganz toll finden. Und die anderen, für die eine städtische Grünfläche vor allem eines zu sein hat: ordentlich, einheitlich und gepflegt.“

Das sind normalerweise auch die Grünanlagen in und um die städtischen Einrichtungen. Nicht so an der Städtischen Grundschule Lichte Kammer. Neben dem Schulgarten mit Gewächshäusern und Hochbeeten ist ein Teil des Geländes



Es gibt zwei Lager. Die einen finden wild wachsende Natur ganz toll. Für die anderen muss eine städtische Grünfläche vor allem ordentlich und gepflegt sein.“

Eckehardt Schröder, Gärtner der Stadt Iserlohn





mit bunt gemischten Pflanzen bedeckt, die besonders Wildbienen anlocken. Hier heißt es für die Kinder normalerweise: betreten verboten.

So sehr bürgerschaftliches Engagement der Biodiversität dient, Patricia White wünscht sich mehr Vernetzung unter den lokalen Akteuren: Stadt, Bürger, Landwirte, Unternehmer. Iserlohn ist die erste Transfer-Kommune, die das Modellprojekt „Grün statt Grau – Gewerbegebiete im Wandel“, initiiert in Kooperation mit dem Global Nature Fund (GNF) vom Wissenschaftsladen Bonn (WILA Bonn), umsetzen will. Im Rahmen des Projektes „Blühende Visitenkarte“ erhalten Unternehmer eine kostenlose Beratung, wie sie ihr Betriebsgelände naturnäher und umweltfreundlicher gestalten können. Ganz wichtig ist der Biologin auch die Einbeziehung der heimischen Bauern. „Wir stellen Landwirten zum Beispiel Baumarten zur Verfügung, die von der Stiftung Wald in Not als gefährdet eingestuft worden sind. Dazu zählen bei uns Feld- und Spitzahorn, Sommerlinde, Wildapfel, Wildbirne und Flatterulme.“

Christina Große-Frericks betreibt zusammen mit Ihrem Mann Magnus einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb. „Seit jeher halten wir uns

26%

Die einheimischen **Farn- und Blütenpflanzen** gelten als bestandsgefährdet

an die dreijährige Fruchtfolge, sorgen für stillgelegte Flächen, eine bunte Aussaat und den Erhalt von wilden Blühstreifen. Erst kürzlich haben wir fünf kleine Bäumchen – Wildäpfel und Flatterulmen – gepflanzt, die uns die Stadt Iserlohn zur Verfügung gestellt hat.“ Trotz ihres eigenen Engagements kann die Ehefrau eines Landwirts und studierte Betriebswirtschaftlerin auch jene Bauern verstehen, die sich mit den aktuellen Entwicklungen schwertun. „Bei explodierenden Pachtpreisen, hungrigem Vieh und drohenden Dürrezeiten müssen viele Kollegen jeden Quadratmeter Land ausnutzen, um irgendwie über die Runden zu kommen“, sagt sie. Ihrer Meinung nach kann in diesem Zusammenhang nur eine Umgestaltung der finanziellen Anreize seitens der Europäischen Union zielführend sein.

Das sieht Patricia White ganz ähnlich. „Natürlich kommt der EU, der Bundes- und der Landespolitik beim Schutz der Natur und der Artenvielfalt eine zentrale Rolle zu. Unseren Lebensraum dauerhaft erhalten, das können wir aber nur, wenn wir alle an einem Strang ziehen. Jeder von uns muss sich informieren, verstehen, was geschieht und umsetzen, was wir gelernt haben. Denn alles, was wir tun oder nicht tun, hat einen Einfluss auf das große Ganze.“

WINDKRAFT

AKZEPTANZ FÜR DIE WINDENERGIE ERHÖHEN

325 neue Windräder – das ist die magere Bilanz des Jahres 2019 in Deutschland. So wenige neue Windkraftanlagen wurden seit Jahren nicht in Betrieb genommen. „Wer die Akzeptanz erhöhen will, muss die Kommunen stärker beteiligen“, sagen unsere Autoren im KOMMUNAL-Gastbeitrag.

Heute stehen fast 31.000 Windräder in Deutschland. Doch um die Zukunft ist es nicht gut bestellt. Die im Jahr 2000 eingeführte EEG-Umlage läuft aus, was sich entscheidend auf die Rentabilität vieler Anlagen auswirkt. Ab 2021 entfällt die lukrative staatliche Einspeisevergütung in Höhe von ungefähr neun Cent pro Kilowattstunde. Gleichzeitig ist die Genehmigungsdauer von 3 auf 18 Monate je Anlage gestiegen. Ursache dürfte die schwindende Akzeptanz in der Bevölkerung, aber auch das eingeführte Verbandsklagerecht sein. Damit geht eine Klageflut vor den Verwaltungsgerichten durch Verbände und Bürger, die sich inzwischen in rund über 1.000 Bürgerinitiativen professionell organisiert haben, einher. Es tritt hinzu, dass es einen starken Wettbewerb um freie Flächen in den Kommunen gibt, der sich auch weiter verschärfen dürfte. Städte und Gemeinden stehen der Errichtung von Anlagen besonders dann kritisch gegenüber, wenn wenige Einnahmen der Kommunen zu erwarten sind und ein erheblicher Widerstand bei großen Teilen der örtlichen Bevölkerung.

Bund und Länder sehen durch die Krise bei der Windkraftenergie an Land die Ziele für den Klimaschutz bis 2030 gefährdet. Wirtschaftsminister Peter Altmaier hatte daher zu einem Krisengipfel Anfang Oktober 2019 Vertreter der Branche, der Länder und Verbände sowie der Bürgerinitiativen eingeladen, um die Probleme zu identifizieren. Der DStGB war daran beteiligt und hat sich unter anderem für eine bessere Wertschöpfungsbeitrag der Kommunen ausgesprochen,

Finn Brüning ist Referatsleiter für Energiewirtschaft, Kommunalwirtschaft und den ländlichen Raum beim Deutschen Städte- und Gemeindebund.



pauschale Mindestabstände für Windkraftanlagen dagegen abgelehnt. Im Anschluss daran hatte das Bundeswirtschaftsministerium Ende November Akteure des öffentlichen Sektors zu einem Fach-Workshop zur finanziellen Beteiligung von Kommunen an EE-Anlagen mit dem Fokus auf die Windenergie an Land eingeladen. Ziel war es, die im Zuge der Grundsteuerreform getroffene Regelung und Fragen zu ihrer Umsetzung, aber auch weitere Möglichkeiten der Wertschöpfungsbeitrag zu diskutieren. Grundlage der Erörterung war der Untersuchungsbericht eines Expertengremiums, in dem fünf mögliche Beteiligungsmodelle für die Kommunen erläutert und bewertet werden.

Nach Ansicht der Experten hat ein gesonderter Grundsteuerhebesatz viele Vorteile wie etwa eine hohe finanzielle Beteiligung der Kommunen, einen guten Gestaltungsspielraum durch örtlich individuelle Hebesätze sowie eine leichte rechtliche Ausgestaltung, da lediglich geltendes Grundsteuerrecht angepasst werden muss. Die Höhe der Steuereinnahmen ist hingegen unsicher, da bislang offen bleibt, wie sich die Steuer auf die Investitionsbereitschaft der Betreiber auswirkt. „Verhinderungshebesätze“ sind ebenfalls ausgeschlossen, da die Länder entsprechende Verordnungen mit Festsetzungsspielräumen festlegen können.

Auch wurde ein freiwilliger Schenkungsvertrag mit der Kommune untersucht. Zwar ist der Gestaltungsspielraum für die Kommunen bei diesem Modell relativ hoch, da alles auf Freiwilligkeit beruht und die rechtliche Umset-